**Warum kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen?** (Niveaustufe I)



Rede des Bundeskanzlers Olaf Scholz vom 6. November 2024



**Arbeitsauftrag:**

***Aufgabe 1*** – Schaue dir das Video an (1. Sequenz: Beginn-7:47 und 2. Sequenz: 10:37- Ende).

***Aufgabe 2*** – Analysiere die Rede des Bundeskanzlers.

Notiere hierzu folgende Aspekte in Stichworten:

- Formale Aspekte (Autor, Thema, Quellengattung, Erscheinungszeitpunkt)

- Zentrale Position

- Begründungsgang (inhaltlicher Aufbau)

- Argumentationsweise (sprachliche Auffälligkeiten/Besonderheiten/Eigenarten)

- Intention (Absicht)

***Aufgabe 3*** – Beurteile die Qualität der Rede. Beantworte dazu folgende Teilfragen:

- Was ist die zentraler Absicht des Redners?

- Schafft der Redner es, dich zu überzeugen?

- Wenn ja: Wie schafft er es dich zu überzeugen?

- Wenn nein: Warum schafft der Redner es nicht, dich zu überzeugen?

- Formuliere ein abschließendes und zusammenfassendes Fazit im Hinblick auf die

Leitfrage (Wie beurteilst du die Qualität der Rede?).

**War es sinnvoll, die Vertrauensfrage zu stellen?** (Niveaustufe I)

Aus der Rede des Bundeskanzlers vom 6. November 2024:

*„Wie geht es nun weiter? Bundesminister Lindner wird vom Bundespräsidenten entlassen. […] Der reguläre Termin für die Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres liegt noch in weiter Ferne. In den verbleibenden Sitzungswochen des Bundestages bis Weihnachten werden wir alle Gesetzentwürfe zur Abstimmung stellen, die keinerlei Aufschub dulden. […] Gleich in der ersten Sitzungswoche des Bundestages im neuen Jahr werde ich dann die Vertrauensfrage stellen – damit der Bundestag am 15. Januar darüber abstimmen kann. So können die Mitglieder des Bundestages entscheiden, ob sie den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei-machen. Diese Wahlen könnten dann unter Einhaltung der Fristen, die das Grundgesetz vorsieht, spätestens bis Ende März stattfinden.“*

Quelle: https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2319070 [Stand: 27.11.2024]

Mit dem Bruch der Koalition hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz für die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG entschieden. Hierzu heißt es um Grundgesetz:

**Artikel 68 GG**

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Für den Bundeskanzler hätte es aber noch weitere Möglichkeiten gegeben.

1. *„Minderheitskoalition“:* Das Grundgesetz schreibt an keiner Stelle vor, wie groß eine Regierung sein muss. Olaf Scholz könnte so-mit – nach dem Austritt der FDP aus der Koalition – mit den Stimmen aus SPD und Grünen weiterregieren. Da für die meisten Gesetze bei Abstimmungen eine absolute Mehrheit (Die absolute Mehrheit ist dann erreicht, wenn mehr als 50% der Abgeordneten einer Sache zustimmen). benötigt wird, würde die Regierung weitere Unterstützung benötigen. Diese könnte sie von der Opposition erhalten.
2. *„konstruktives Misstrauensvotum“:* Als weitere Möglichkeit könnte der Bundestag mithilfe eines Votums auch sein Misstrauen gegenüber dem Bundeskanzler aussprechen. Dieser Fall ist im Grundgesetz klar geregelt. Hier heißt es:

**Artikel 67 GG**

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

**Arbeitsauftrag:**

***Aufgabe 1*** – Benenne die einzelnen Schritte, die Bundeskanzler Olaf Scholz geplant hatte.

***Aufgabe 2*** – Erläutere mit eigenen Worten die drei Möglichkeiten, die es nach dem Bruch der Ampelkoalition gab. Unterscheide dabei:

a. Den Namen des Verfahrens,

b. den Inhalt des Verfahrens,

c. die politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben,

d. die Rechtsgrundlage und

e. wer die aktive Rolle einnimmt?

***Aufgabe 3*** – Beurteile die Maßnahme von Olaf Scholz (Vertrauensfrage nach Art. 68 GG). Beantworte dabei folgende Teilfragen:

- Nenne das politische Ziel, das Olaf Scholz mit der Vertrauensfrage verfolgt.

- Diskutiere die drei Optionen, die Olaf Scholz in der Situation hatte.

- Beurteile die Entscheidung, die Olaf Scholz getroffen hat. Beachte dabei die Kriterien

der Effizienz und der Legitimität.

**AB 1 – Warum kommt es zu vorgezogenen Neuwahlen? (Lösung)**

**Aufgabe 2:**

|  |  |
| --- | --- |
| Formale Aspekte | |
| Autor | Bundeskanzler (Olaf Scholz) |
| Thema | Bruch der Ampel-Koalition |
| Quellengattung | Rede |
| Erscheinungszeitpunkt | 6. November 2024 |
| Zentrale Position | |
|  | * Bundesfinanzminister habe das Vertrauen des Bundeskanzlers (zu oft) missbraucht * Bundeskanzler ersucht daher den Bundespräsidenten den Bundesfinanzminister zu entlassen * Die Bundesregierung möchte wichtige Gesetzesvorhaben vorerst weiterhin verabschieden * Für Januar plane der Bundeskanzler die Vertrauensfrage zu stellen. Damit bestünde die Möglichkeit für vorgezogene Neuwahlen * Insgesamt habe die Bundesregierung gute Arbeit geleistet, obwohl die FDP zu häufig nicht abgemessen agiert habe |
| Begründungsgang (inhaltlicher Aufbau) | |
|  | Erste **Einordnung**   * Bundeskanzler hat Bundespräsident darum gebeten, den Bundesfinanzminister (Christian Lindner) zu entlassen * Ziel des Bundeskanzlers war immer eine handlungsfähige Regierung sowie Schaden vom Land abzuwenden   **Rechtfertigung** des Entlassungsgesuchs   * „Darum ging es mir in den vergangenen drei Jahren. Darum geht es mir jetzt.“ * Weitere Angebote sind an Bundesfinanzminister ergangen   **Darstellen** der Angebote   * Maßnahmen für  1. bezahlbare Energiekosten, 2. Sicherung von Arbeitsplätzen, 3. Investitionsprämien und steuerliche Entlastungen für unternehmen, 4. Erhöhung der Unterstützung für die Ukraine   Erneute **Rechtfertigung** für eigenes Handeln   * Bundesfinanzminister lehnte die Angebote sowie die gemeinsame Arbeit ab * In den USA habe D. Trump die Präsidentschaftswahlen klar gewonnen * Deutschland werde seiner Verantwortung gerecht werden müssen * Weiterhin bestehen Konflikte in der Welt * Insgesamt gäbe es eine schwächelnde Wirtschaft in Deutschland sowie einen schwachen Welthandel * „Wer sich in einer solchen Lage einer Lösung, einem Kompromissangebot verweigert, der handelt verantwortungslos. Als Bundeskanzler kann ich das nicht dulden.“   **Anklage** gegenüber Bundesfinanzminister   * „Zu oft hat Christian Linder mein Vertrauen gebrochen“ * Vereinbarungen wurden aufgekündigt * „Es gibt keine Vertrauensbasis für die weitere Zusammenarbeit. So ist ernsthafte Regierungsarbeit nicht möglich.“ * „Wer in eine Regierung eintritt muss seriös und verantwortungsvoll handeln. […] Darum aber geht es Christian Linder nicht.“   **Darstellen** der eigenen Leistung   * Regierung habe einiges erreicht (Reduzierung der illegalen Migration, sichere Energie, Klimaschutz, sinkende Inflation, steigende Löhne und Renten)   Fokus eigener Arbeit   * Amtseid: Wohl des ganzen Landes im Blick haben * Soziale Sicherheit müsse Fokus sein   Erneute **Anklage**   * Linder fordere Erleichterungen für die Unternehmen und Kürzungen bei Renten und Arbeitnehmern, Gesundheit und Pflege * Das sei ungerecht   **Folgen**   * Bundespräsident entlässt Bundesfinanzminister * Wichtige Gesetze sollen weiterhin zur Abstimmung gestellt werden * Vertrauensfrage soll in erster Sitzungswoche im Januar gestellt werden * Damit bestünde die Möglichkeit für vorgezogene Neuwahlen * Gleichzeitig ergehe das Angebot an die Opposition (v.a. Friedrich Merz) zur konstruktiven Zusammenarbeit   **Abschließender** Wunsch   * Weiterhin politische Kompromisse schließen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern |
| Argumentationsweise (sprachliche Auffälligkeiten/Besonderheiten/Eigenarten) | |
|  | * Scholz betont häufig seinen Wunsch nach (gesellschaftlichen) Zusammenhalt, der gerade jetzt notwendig sei * Immer wieder ergingen „Angebote“ des Bundeskanzlers in diese Richtung * Vor allem die FDP (v.a. Christian Lindner) habe gemeinsame Vereinbarungen nicht eingehalten oder sogar gebrochen * „zu oft“ |
| Intention (Absicht) | |
|  | * **Erklären** des eigenen Handelns * **Herausstellen** der eigenen Leistungen sowie der offenen Angebote * Klare **Schuldzuweisung** gegenüber der FDP (Christian Lindner) * **Appell** zur konstruktiven Zusammenarbeit (v.a. gegenüber der Opposition) |

**Aufgabe 3:**

|  |  |
| --- | --- |
| Was ist die zentraler Absicht des Redners? | * Erklären der eigenen Politik und Werben für Zustimmung * Klare Schuldzuweisung gegenüber der FDP (Christian Lindner) * Angebot an Opposition zur konstruktiven Zusammenarbeit, um wichtige Gesetzesvorhaben abschließen zu können und damit die eigene Handlungsfähigkeit zeigen- |
| Schafft der Redner es, dich zu überzeugen? | *Individuelle Lösungen* |
| Wenn ja: Wie schafft er es dich zu überzeugen?  Wenn nein: Warum schafft der Redner es nicht, dich zu überzeugen? | *Individuelle Lösungen* |
| Formuliere ein abschließendes und zusammenfassendes Fazit im Hinblick auf die Leitfrage (Wie beurteilst du die Qualität der Rede?). | *Individuelle Lösungen* |

**AB 2 – War es sinnvoll, die Vertrauensfrage zu stellen? (Lösung)**

**Aufgabe 1:**

|  |  |
| --- | --- |
| 6. November 2024 | Bundeskanzler (Olaf Scholz) ersucht den Bundespräsidenten den Bundesfinanzminister Christian Lindner zu entlassen |
| Bis Weihnachten (verbleibende Sitzungswochen) | Wichtige Gesetzesvorhaben sollen (gemeinsam mit der Opposition) verabschiedet werden |
| Erste Sitzungswoche im neuen Jahr | Bundeskanzler stellt die Vertrauensfrage |
| 15. Januar | Vertrauensfrage |
| Bis Ende März | Vorgezogene Neuwahlen |

**Aufgabe 2:**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Verfahren | Inhalt | Politische Konsequenzen | Rechtsgrundlage | Aktive Rolle |
| Minderheitskoalition | * Regierung, die über weniger als 50% der Stimmen im Parlament verfügt | * Keine parlamentarische Mehrheit * Schwieriges Regieren |  | Bundesregierung (ggf. Opposition) |
| Konstruktives Misstrauensvotum | * Parlament spricht dem Bundeskanzler das Misstrauen aus * Kann nur erfolgen, wenn das Parlament einen neuen Bundeskanzler wählt | * Alter Bundeskanzler wird seinem Amt enthoben * Neuer Bundeskanzler wird eingesetzt | Art. 67 GG | Bundestag |
| Vertrauensfrage | * Bundeskanzler erfragt im Bundestag, ob dieser ihm noch das Vertrauen ausspricht | 1. Vertrauensfrage ist erfolgreich: Bundeskanzler verbleibt im Amt 2. Vertrauensfrage misslingt: Bundespräsident kann den Bundestag auslösen und damit Neuwahlen ausrufen | Art. 68 GG | Bundeskanzler |

**Aufgabe 3:**

|  |  |
| --- | --- |
| Nenne das politische Ziel, das Olaf Scholz mit der Vertrauensfrage verfolgt | * Scheitern der Vertrauensfrage   Möglichkeit (vorgezogener) Neuwahlen |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Diskutiere die drei Optionen, die Olaf Scholz in der Situation hatte | | | | | |
| Minderheitskoalition | | Konstruktives Misstrauensvotum | | Vertrauensfrage | |
| + | - | + | - | + | - |
| Bestehende Regierung verbleibt im Amt  Regulärer Wahltermin (Herbst 2025) bleibt (vorerst) bestehen | Regierung ist nicht mehr (allein) handlungsfähig  Regierung ist auf Unterstützung der Opposition angewiesen | Bundeskanzler kann nicht (ohne die Wahl eines neuen Kanzlers) ersetzt werden und bleibt somit ggf. im Amt  Bundestag hat (aufgrund neuer Mehrheiten) die Möglichkeit, einen neuen Bundeskanzler zu wählen | Bundeskanzler kann nur aus seinem Amt entlassen werden, wenn gleichzeitig ein neuer Bundeskanzler gewählt wird. Hierfür bedarf es neuer Mehrheiten | Bundeskanzler verbleibt (bei Erfolg) weiterhin im Amt  Bundeskanzler kann (bei Scheitern) Neuwahlen „erzwingen“ und sich damit ggf. neue Mehrheiten durch die Bundestagswahl schaffen | Ggf. wird dem Bundeskanzler das Vertrauen ausgesprochen, jedoch verfügt dieser auch weiterhin über keine regierungsfähige Mehrheit im Parlament  „Erzwungene“ Neuwahlen können den regierenden Parteien ein schlechteres Ergebnis einbringen |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Beurteile die Entscheidung, die Olaf Scholz getroffen hat. | | | |
| Legitimität | | Effizienz | |
| + | - | + | - |
| * Maßnahme ist durch GG abgesichert * Regierung verfügt aktuell über keine parlamentarische Mehrheit. Der Schritt kann erneuten Rückhalt (Wahlerfolg) ermöglichen * Bruch der Koalition verändert politische Situation. Neuwahlen können hier den Willen des Volkes ausdrücken | * Bundestagswahlen erzeugen nur Sitzverteilung und keine Koalitionsaussagen. Volkswille hat sich in der Zwischenzeit nicht verändert * Scholz erwartet Scheitern der Vertrauensfrage. Damit wird die Maßnahme missbraucht * Minderheitskoalition und konstruktives Misstrauensvotum wären weiteren Optionen gewesen * Reguläre Bundestagswahlen waren für Herbst 2025 geplant. Vorgezogene Neuwahlen damit *moralisch* nicht notwendig | * Regierung verfügt über keine Mehrheit mehr im Parlament und ist damit faktisch handlungsunfähig. Neuwahlen können einen parlamentarischen Stillstand verhindern * Sollte die Vertrauensfrage erfolgreich sein, so hätte Scholz neuen Rückhalt im Parlament erzwungen | * Organisatorische Abläufe zur Vorbereitung der Wahlen sind zu komplex. Vorgezogene Neuwahlen erzeugen Unsicherheiten * Reguläre Bundestagswahlen waren für Herbst 2025 geplant. Vorgezogene Neuwahlen damit *organisatorisch* nicht notwendig |
| Abschließendes und zusammenfassendes Fazit | *Individuelle Lösung* | | |